



Arbeitgeber Banken lehnt die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen entschieden ab

Basel/Zürich, 20.5.2016. Arbeitgeber Banken, der Arbeitgeberverband der Banken in der Schweiz, spricht sich klar gegen die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Die Initianten gefährden leichtfertig das gut funktionierende Schweizer Wirtschafts- und Sozialsystem und stellen den breit akzeptierten Gesellschafts- und Generationenvertrag in Frage.

Am 5. Juni 2016 entscheiden die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, ob künftig jede in der Schweiz wohnhafte Person monatlich 2500 Franken bekommen soll – unabhängig davon, ob sie arbeitet oder nicht, reich ist oder arm, gesund oder krank. Die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen versteht sich als Gedankenanstoss. Das Giesskannenprinzip ist jedoch weder sozial noch schafft es Chancengleichheit, sondern vom Staat abhängige Bürger.

Fachkräftemangel würde verstärkt

Arbeitgeber Banken erachtet die Initiative als brandgefährliches Experiment, das unser Wirtschafts- und Sozialsystem radikal umbauen würde. Der Gesellschafts- und Generationenvertrag sowie die Solidarität würden überstrapaziert und die Leistungsmotivation gesenkt, insbesondere bei Jugendlichen, die dadurch den rechtzeitigen Berufseinstieg verpassen würden.

Wenn auch nur ein Teil der Jugendlichen auf eine Lehre und anschliessende Fachausbildungen verzichtet, oder Studierende sich mehr Zeit lassen bis zum Abschluss, verliert der hochgradig ausdifferenzierte Wissens- und Werkplatz Schweiz dringend benötigte Fachkräfte. Zugleich würden Menschen mit Niedriglöhnen und/oder Teilzeitarbeit der Wertschätzung ihrer Arbeit beraubt, da sich diese finanziell nicht mehr „lohnte“.

Drohende Kosten- und Migrationsexplosion

Die Initiative stellt aber nicht nur die Arbeit an sich in Frage, sondern auch die Sozialwerke und das Modell der Sozialpartnerschaft. Die Sozialpartnerschaft in der Bankbranche ist mit einem der ältesten Gesamtarbeitsverträge der Schweiz geprägt vom Anliegen sicherer Arbeitsplätze und stabiler Sozialwerke. Beides würden die Initianten schlicht über den Haufen werfen.

Gemäss einer Berechnung der Universität St. Gallen und Schätzungen des Bundes beliefen sich die Kosten der Initiative auf brutto rund 200 Milliarden Franken pro Jahr. Das Grundeinkommen würde Sozialleistungen von rund 50 Milliarden Franken jährlich ersetzen, womit netto also noch ein Aufwand von etwa 150 Milliarden Franken pro Jahr bliebe. Dieser wäre wahlweise durch eine Mehrwertsteuer von 56 Prozent oder über eine Einkommenssteuer von 66 Prozent zu finanzieren. Das Grundeinkommen würde aber nicht nur einen veritablen Steuerschock auslösen, sondern auch den Migrationsdruck massiv erhöhen.

Abkehr von der Eigenverantwortung

Darüber hinaus stellte die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens unsere breit akzeptierten, über Jahrhunderte entwickelten Grundwerte in Frage: Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und Solidarität. Jeder und jede ist bestrebt, für sich selber und seine Nächsten aufzukommen. Staatliche Unterstützung ist denjenigen Mitgliedern der Gesellschaft vorbehalten, die dazu nicht oder nicht ausreichend in der Lage sind.

Es erstaunt deshalb auch nicht, dass die Initiative bei allen politischen Parteien – ausser den Grünen – auf Ablehnung stösst. Bundesrat und Nationalrat haben sich deutlich dagegen ausgesprochen, der Ständerat ist nicht einmal auf das Anliegen eingetreten. Der vermeintliche Traum vom Einkommen ohne Arbeit könnte sich sehr rasch zum Albtraum entwickeln. Darum gilt am 5. Juni: damit unser erfolgreiches Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialsystem erhalten bleibt, muss die Initiative abgelehnt werden.

Über Arbeitgeber Banken

Arbeitgeber Banken repräsentiert alle Bankengruppen in allen Landesteilen, vertritt deren Arbeitgeberinteressen und setzt sich für attraktive und konkurrenzfähige Rahmenbedingungen des Schweizer Finanzplatzes ein. Als Träger des Gesamtarbeitsvertrags der Bankbranche sichert der Verband den sozialen Arbeitsfrieden. Arbeitgeber Banken ist Mitglied des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) und engagiert sich gemeinsam gegen die „Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen“.

www.arbeitgeber-banken.ch

Kontakt:

Dr. Balz Stüeckelberger, Geschäftsführer, Leiter Recht und Sozialpartnerschaft,
balz.stueeckelberger@arbeitgeber-banken.ch, Tel. 079 628 20 28

Pia Guggenbühl, stv. Geschäftsführerin, Leiterin Kommunikation und Public Affairs,
pia.guggenbuehl@arbeitgeber-banken.ch, Tel. 079 566 60 10